

# Fortschritt mit Ampel?

## Ansichten zur Öffnung des politischen Raumes

von Kai Burmeister, Uwe Kremer und Claudia Walther



➔ **Dr. Uwe Kremer** ist Sozialwissenschaftler und Mitherausgeber der spw.

Foto: © Larssen



➔ **Claudia Walther** ist Mitherausgeberin der spw. Sie koordiniert den Europa-Arbeitskreis der SPD Mittelrhein, hat 2019 für das Europäische Parlament kandidiert und arbeitet beruflich bei der Bertelsmann Stiftung zu den Themen Migration, Integration und Vielfalt in Kommunen.

Foto: © Andreas Kapoglou



➔ **Kai Burmeister** ist Mitglied der spw-Redaktion und Gewerkschaftssekretär.

Foto: © Frank Rumpenhorst

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist – gemessen an den Prognosen aus dem Frühjahr – ohne Zweifel ebenso erfreulich wie überraschend ausgefallen. Darin dürfte sich vor allem eine in weiten Teilen der Bevölkerung über soziale Grenzen und politische Traditionen hinweg bestimmende (und durch die Corona-Pandemie verstärkte) Grunddisposition niedergeschlagen haben, die sich aus zwei Komponenten zusammensetzt:

- aus dem Wunsch nach wirklich grundlegenden Änderungen, um den ständig wachsenden und immer mehr Lebenswelten und Politikfelder erfassenden Herausforderungen bei gleichzeitigem Investitions- und Reformstau endlich gerecht zu werden,
- und aus dem gleichzeitigen Wunsch, dass dies in möglichst geordneten, vertrauenswürdigen und die Menschen in ihrem Alltag entlastenden Bahnen ablaufen möge.

Beide Wünsche stehen in einem volatilen und alles andere als widerspruchsfreien Ver-

hältnis zueinander. Je nach sozialem Status und Milieu, politisch-kulturellen Präferenzen und demografischem Kontext (insbesondere auch generationenspezifisch) unterschiedlich ausgeprägt, dürften sie die zwischenzeitlich massiven Veränderungen in den Meinungsumfragen stark bestimmt haben.

Der Sozialdemokratie ist es mit ihrem Kanzlerkandidaten wie auch mit ihrer Geschlossenheit gelungen, diese Disposition zum richtigen Zeitpunkt in optimaler Weise anzusprechen. Einerseits verweist dies allerdings auf die Flüchtigkeit der neu gewonnenen Stärke, andererseits aber auch auf die Chance, ein gesellschaftlich getragenes Reformbündnis zu formieren, das auch den Raum für radikalere Reformperspektiven eröffnet.

### 1. Zweckbündnis oder Fortschrittsnarrativ?

Die sich vor diesem Hintergrund abzeichnende Koalition aus SPD, Grünen und FDP wird vielfach – so auch von Olaf Scholz selbst – mit der Perspektive einer gemeinsamen Fortschrittserzählung in Verbindung

gebracht. Die großen programmatischen Differenzen und die milieuspezifischen Unterschiede in der Wählerbasis der drei Parteien lassen hierfür aber erkennbar wenig Spielraum. Insbesondere ist die FDP zu stark in neoliberalen Dogmen – gepaart mit einer ausgeprägten Klientelpolitik – verhaftet, als dass eine derartige Perspektive auf absehbare Zeit realistisch erscheint.

Anders als bei der sozialliberalen Koalition von 1969 handelt es sich insofern bis auf Weiteres um ein Zweckbündnis – wenn es gut läuft, dann eines, das sich durch die Bereitschaft auszeichnet, sich auf die großen Herausforderungen auch mit eigenen und gemeinsamen Lernprozessen einzulassen. Die Sozialdemokratie ist dabei gut beraten, sich auf ihr eigenes Fortschrittsnarrativ zu konzentrieren – vor allem im Kontakt mit gesellschaftlichen Bewegungen und wissenschaftlichen Diskursen und natürlich auch mit dem Ziel, Anschlussfähigkeit jenseits der eigenen Parteigrenzen herzustellen.

Das Sondierungspapier macht deutlich, wie weit die Partner der künftigen Koalition von einem gemeinsamen Fortschrittsnarrativ entfernt sind. Es gibt eine Vielzahl mehr oder weniger sinnvoller Reformansätze und -ansprüche – etwa in Bezug auf die Einwanderungspolitik, die Kinderarmut und gesellschaftliche Diversität. Aber an keiner Stelle des Papiers wird deutlich, dass es darüber hinaus um grundlegende Strukturreformen geht, was im Falle der zentralen Klimafrage damit einhergeht, dass sie als „weißer Elefant“ im Koalitionsraum steht. Am ehesten erahnenbar werden die Option, eine zusammenhängende und diskriminierungsfreie Struktur der sozialen Mindestsicherung zu schaffen, und der Wille, einen funktionsfähig strukturierten Rahmen für die gemeinsam als notwendig erachteten Zukunftsinvestitionen zu entwickeln.

Vor dem Hintergrund von Schuldenbremse und Verzicht auf Steuererhöhungen besteht die noch völlig offene Schlüsselfrage allerdings darin, inwieweit mit Investitionsgesellschaften und -fonds eine investitionspolitisch

nachhaltig wirksame Infrastruktur in Angriff genommen wird und eine Modernisierung des Staates sich in dieser Hinsicht nicht (wie das Sondierungspapier) auf seine Entbürokratisierung beschränkt, sondern seine Rolle in der Steuerung und Umsetzung von Transformationen stärkt. Hierfür muss auch ein für gesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen zugänglicher Rahmen geschaffen (siehe die Vorschläge für einen Transformationsrat bzw. eine „Konzertierte Aktion 2.0“) werden.

## 2. Öffnung des reformpolitischen Raumes

Es bedarf aber auch keines gemeinsam überhöhten Fortschrittsnarrativs, um der zukünftigen Koalition mit verhaltenem Optimismus zu begegnen. Mit ihrem Modernisierungsanspruch zieht sie schon jetzt Erwartungen auf sich, mit denen sich der Raum für Strukturreformen und entsprechendes politisches Handeln weiter öffnet – und damit besteht auch die große Chance, dass sich der Raum für progressive Strukturreformen öffnen und dynamisieren lässt, dass damit also auch Positionen und Konzepte, wie sie in unserer Zeitschrift entwickelt und erörtert werden, Eingang in politische Entscheidungsprozesse finden.

Unser verhaltener Optimismus beruht vor allem darauf, dass dieser Öffnungsprozess schon seit drei, vier Jahren im Gange ist. Sein Spektrum reicht von der „Fridays for Future“-Bewegung mit ihrem sich stetig erweiternden gesellschaftspolitischen Horizont bis hin zur fundamentalen Verschiebung des wirtschaftswissenschaftlichen Grundkonsenses in Richtung einer expansiven und transformativen Investitions- und Infrastrukturpolitik in öffentlicher Regie – durchaus mit dem Potenzial, dass hier eine breiter getragene „Fortschrittserzählung von unten“ entsteht. Die „Große Koalition“ taugte offenkundig nicht als Bezugspunkt für eine derartige Öffnung auf der „großpolitischen“ Ebene, die neue Konstellation eröffnet hier neue Möglichkeiten.

Dies zeigt, dass man sich bei der Bewertung der „Ampel-Koalition“ nicht auf das

parteien- und koalitionspolitische Binnengeschäft beschränken darf, sondern das Verhältnis zu den sozialen Auseinandersetzungen und Bewegungen, zu den zivilen wie auch unternehmerischen Initiativen und den gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Grundströmungen im Blick haben muss. Es wäre von entscheidender Bedeutung, wenn die „Ampel-Koalition“ sich auch und gerade in dieser Hinsicht – bei und mit allen politischen Unterschieden und sozialen Antagonismen – systematisch öffnet.

Unser verhaltener Optimismus in Bezug auf die Öffnung des Raumes für – auch und gerade progressive – Strukturreformen schließt durchaus die Prognose ein, dass die „Ampel“ die z. Zt. auf sie gesetzten Erwartungen vielfach enttäuschen wird. Er setzt dann aber darauf, dass in wachsenden Teilen der Gesellschaft eine weitergehende, konflikthafte wie auch produktive, politische Dynamik entstehen kann und *nicht* etwa ein Rückfall in die weitgehende Lähmung und Politikverdrossenheit früherer Jahre stattfindet.

### 3. Rot-Grüne Perspektiven

Gerade im Lichte dieser Perspektive ist es wichtig, die Bewertung der parteipolitischen Konstellation nicht auf die Bundesregierung zu beschränken. Die Tatsache, dass es nach den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern zu einer rot-roten Regierung kommen wird und die Zeichen in Berlin auf Rot-Grün-Rot gestellt sind, ist als ein von der Sozialdemokratie ausgehendes Signal der Offenheit nach links – gerade in Berlin auch mit Blick auf soziale Bewegungen und Initiativen (und gerade auch mit Blick auf das problematische Verhältnis der SPD zum wohnungspolitischen Volksentscheid) – von großer Bedeutung für die weitere politische Entwicklung.

Das niederschmetternde Ergebnis der Linkspartei ist zweifellos nicht als ein Ausrutscher zu werten, sondern das Ergebnis eines Vertrauensverlustes in Bezug auf die Funktion, die die Linkspartei im politischen Gesamtgefüge noch ausüben kann. Es kann den anderen Kräften im rot-grünen Spek-

**VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT**



Thomas Sablowski / Judith Dellheim /  
Alex Demirović / Katharina Pühl /  
Ingar Solty (Hrsg.)

**Auf den Schultern von Karl Marx**  
2021 – 552 Seiten – 40,00 €  
ISBN 978-3-89691-259-6

„Eine Referenz in exzellenten Essays an den  
unbeirrt durch die Gegenwart geisternden  
Karl Marx“ *Jens Grandt (nd)*

Moritz Altenried / Julia Dück / Mira Wallis  
(Hrsg.)

**Plattformkapitalismus und die  
Krise der sozialen Reproduktion**  
2021 – 295 Seiten – 30,00 €  
ISBN 978-3-89691-056-1

[WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE](http://WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE)

trum nicht gleichgültig sein, in welcher Weise sie daraus Schlussfolgerungen zieht bzw. sich dann an der Öffnung des reformpolitischen Raumes von unten und von oben beteiligen kann. Anschließend an frühere Crossover-Prozesse sind hier entsprechende Kommunikationsnetze unter Beteiligung der sozialdemokratischen und grünen Linken gefragt.

Nicht zuletzt trägt der in den vergangenen Jahren erzielte innersozialdemokratische Konsens seine Früchte – handelt es sich doch um einen Vorgang, der insbesondere im fiskal- und arbeitsmarktpolitischen Krisenmanagement wie auch (eher im Hintergrund, aber dennoch als Politikansatz für die Zukunft bedeutend) in den formulierten Zukunftsmissionen seinen Niederschlag bzw. seine Begründung erfahren hat. Umso mehr sollte er genutzt werden, um das eigene Fortschrittsnarrativ entlang der sozialökologischen Transformation weiter auszubauen, sich mit den gesellschaftlich und wissenschaftlich von unten entwickelnden „Erzählsträngen“ zu verbinden und dies anhand progressiver Strukturreformen durchzudeklinieren.

Die größte Gefahr für die Sozialdemokratie besteht in zwei vielfach erfahrbaren Tendenzen – einerseits in einer Neigung, mit weitgehend unverändertem Politikstil wieder weiterzumachen, als habe es keine fundamentalen, bis heute wirksamen Einbrüche in der sozialen Verankerung und in der politischen Organisationsfähigkeit gegeben, andererseits in der Tendenz, den aktuellen Erfolg zu überhöhen, als habe man die Sozialdemokratie quasi über Nacht schon neu konfiguriert. Auch hier muss die Perspektive der Parteireform eine sein, die sich den gesellschaftlichen Bewegungen und Diskursen stärker öffnet und Transformation von hier aus denkt.

Wenn wir in der Perspektive von Fortschrittserzählungen und Strukturreformen argumentieren, dann muss die Generation, um die es dabei letztlich am meisten geht, bei all dem zuvor Gesagten im Mittelpunkt stehen. Die Wahlergebnisse unter den Jungwählerinnen und -wählern signalisieren freilich

einen Strukturbruch im Parteiengefüge, der ebenso Hoffnung auf eine Öffnung des reformpolitischen Raumes macht, wie er für die Sozialdemokratie zeigt, dass keineswegs „wieder alles in Ordnung“ ist. Er zeigt vielmehr, dass sich ihre Rolle nicht in der Moderation von Liberalen und Grünen erschöpfen kann und sie an ihrer eigenen Fortschrittserzählung arbeiten muss. Die Verjüngung der Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen wird hoffentlich das politische Gewicht von Jusos und Grüner Jugend stärken und dazu beitragen, dass sich der reformpolitische Raum in Verbindung mit gesellschaftlichen Bewegungen und Diskursen in die richtige Richtung öffnet.

Die Aufgaben der sozialdemokratischen Linken, denen sich diese Zeitschrift verpflichtet fühlt, liegen also in der weiteren Öffnung des Raumes für progressive Strukturreformen und in einer entsprechend fortzuführenden Arbeit an einem sozialdemokratischen Fortschrittsprofil, beides gestützt auf gesellschaftliche Bewegungen und wissenschaftliche Diskurse und in Erwartung produktiver Konflikte und neuer Konsense. ■